

# FÜR DIE MENSCHEN RECHTE

IGFM - Internationale Gesellschaft für  
Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V.,  
Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main

Nr. 10  
November 2015



## *Petitionsausschuss bestätigt:*

### *Flüchtlingshilfe kann regelmäßig am besten vor Ort geleistet werden*

Im Juli hatte sich die IGFM an den Deutschen Bundestag gewandt und um die bevorzugte Aufnahme christlicher Flüchtlinge aus dem Nahen Osten gebeten, weil sie nach Auffassung der IGFM im Gegensatz zu Muslimen keine Fluchtalternative in ihrem Heimatland und auch nicht in benachbarten Staaten haben. Der Petitionsausschuss

des Deutschen Bundestages hat unsere Eingabe beraten und kam am 24. September 2015 zu dem Schluss: ... „Das grundlegende Problem ist nicht allein dadurch zu lösen, Flüchtlinge aufzunehmen. Vielmehr muss sich gezielt dafür eingesetzt werden, den Menschen vor Ort eine Perspektive zu geben. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass die Region nicht jesischen- und christenfrei werden darf. Für den Fall, dass sich die Lage im Norden des Iraks jedoch weiter destabilisieren sollte, regt der Petitionsausschuss an, über weitere Maßnahmen nachzudenken. Schutz darf dabei aber auch den anderen religiösen Minderheiten nicht verwehrt werden. Vor dem Hintergrund der Gleichbehandlung der Religionen und der Tatsache, dass im Irak auch andere religiöse Minderheiten verfolgt werden, lehnt der Ausschuss daher die Forderung des Petenten, christliche Flüchtlinge bevorzugt aufzunehmen, ab.

*Der Ausschuss weist noch einmal darauf hin, dass Flüchtlingshilfe*

*regelmäßig am besten vor Ort geleistet werden kann. Die Politik muss in erster Linie darauf abzielen,*



in Frankfurt sortiert und geladen

*dass die Menschen in ihrer Heimat bleiben und dort in Sicherheit leben können. Nach diesen Ausführungen empfiehlt der Petitionsausschuss daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.“* (Pet 1-18-06-263-010652)



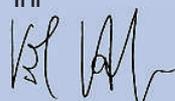
in Dohuk/Irak verteilt und geholfen

Die IGFM sieht sich durch die Antwort des Petitionsausschusses bestätigt, dass nur mit der heimatnahen Hilfe der Wunsch nach Verbleib in der Heimat gefördert und gewährleistet werden kann, dass der Nordirak nicht jesischen- und christenfrei wird. Jetzt, wo die Tore Europas nach der

ungezügelter Aufnahme wieder geschlossen werden, muss daher den verbliebenen Flüchtlingen im Irak, Syrien und anderen Staaten deutlich mehr Aufmerksamkeit und Hilfe zuteil werden. Das Angebot an die Flüchtlinge, die hier um Schutz nachgesucht haben, zur Integration muss mit Anreizen verbunden werden, in ihre Heimat zurückzukehren, sobald es die Situation erlaubt, um es in Besitz zu nehmen und es wieder aufzubauen.

Mitglieder der IGFM haben sich seit Herbst vergangenen Jahres mehrfach von der Lage der Flüchtlinge in der Türkei und im Nordirak selbst ein Bild gemacht. Wir haben sie in organisierten und wilden Lagern besucht und gefragt, was sie brauchen. Wir haben entsprechend der besonderen Bedürfnisse gesammelt und bereits über 40 Tonnen Hilfsgüter an Flüchtlinge in der Türkei und bis in den Nordirak gebracht und verteilt. Zurzeit ist die IGFM in Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtszentrum Cottbus mit vier Ärzten und einem Lastzug mit Medikamenten und weiteren Rollstühlen im

Nordirak. Wir wollen auf genau diesem Weg fortfahren und bitten sie dafür um Ihre Hilfe!

Ihr  
  
Karl Hafen



## Minderheiten auf dem Balkan: Wir sind nicht frei!

### Die generelle Feststellung „Sichere Herkunftsländer Balkan“ macht deren korrupte Regierungen stark

„Die Gemeindeversammlung der Stadt Prijedor beriet in zwei seiner Sitzungen ausschließlich über mich und forderte die strafrechtliche Verfolgung, weil ich über das Massengrab Tomasica i Genozid öffentlich rede. Wegen meiner Arbeit zur Aufdeckung von Massengräbern, der Identifizierung von Leichen und meiner Unterstützung zur Inhaftierung von Kriegsverbrechern wurde ich aus dem Parlament entlassen. Seit meinem Vortrag bei der IGFM-Jahresversammlung in Bonn



Katrin Bornmüller und Mirsad Duratovic vor dem Denkmal für die serbischen Cetniks im KZ Trnopolje. Den Opfern wird das Gedenken verweigert.

2014 sind polizeiliche Vorladungen, Erpressungen und Morddrohungen mein Alltag geworden. Der Vermieter hat mir meine Büroräume gekündigt mit der Begründung, dass der Stadtrat ihn dazu gedrängt hat. Am 2. Mai 2015 fand ich einen Zettel an meinem Auto: ‚Du redest zuviel. Wir schneiden dir die Zunge ab‘. Am 8. Mai 2015, das ist der Tag des Gedenkens an die Opfer des Konzentrationslager Omarska, wurde uns nicht erlaubt, das Gelände des Lagers zu betreten. Am selben Tag, gegen 21 Uhr, haben mich drei maskierte Männer nach der Sitzung unseres Vereins verprügelt.“ (Mirsad Duratovic)

1992 bis 1995 haben serbische Truppen in Bosnien-Herzegowina tausende Zivilisten umgebracht. Viele von ihnen wurden vor ihrer Ermordung in Lagern konzentriert und schlimmster Folter ausgesetzt. In den Lagern Omarska, Manjaca, Keraterm, Trnopolje wurden Frauen und Männer systematisch und

mehrfach vergewaltigt und anderweitig erniedrigt. Viele kamen dabei um. Die Massenerschießung von über 7000 Männern in Srebrenica ist vielen noch in Erinnerung. Im September besuchte die IGFM-Ehrenvorsitzende Katrin Bornmüller zusammen mit Mirveta Durben, die heute in Deutschland lebt und 1992 nur knapp ihrer Erschießung entging, die Stadt Prijedor, die heute zur serbischen Republik Bosnien gehört. Für den Verein zur Unterstützung der Opfer der serbischen Konzentrationslager und ihrer Angehörigen war ein Lastzug mit Hilfsgütern vorausgefahren.

Mirsad Duratovic führte Katrin Bornmüller zu Massengräbern und erklärte ihr die Schwierigkeiten bei der Identifizierung der Leichname. „Die Erinnerungen an die schrecklichen Verbrechen in den Konzentrationslagern Omarska, Keraterm und Trnopolje, an denen Polizisten von Prijedor maßgeblich beteiligt waren, sind bei uns Überlebenden noch wach. Wir möchten, dass die Opfer ordentlich bestattet werden.“ Noch heute wird in Massengräbern nach vermissten Leichen gesucht. Die Suche gestaltet sich schwierig, denn serbische Milizen hatten Granaten in Massengräber geworfen, um die Leichname zu zerstören. Doch dank Gen-Tests ist eine Identifizierung zwar nicht in allen Fällen, aber in den meisten möglich. Die Toten aus den Teilen zusammzusetzen, um ihnen eine würdige letzte Ruhe zu garantieren, ist jedoch für

Helfer und Angehörige eine schwere Belastung.

Es ist uns Überlebenden wichtig, eine Gedenkstätte für 3176 unschuldige Zivilopfer, darunter 120 Kinder und 256 Frauen, aus Prijedor und Umgebung als Zeichen des Friedens und der Versöhnung und zur Mahnung, jeglichem Völkermord entschlossen entgegenzutreten, einzurichten. Doch bei unseren Bemühungen, die für uns wichtige Erinnerungs- und Aufklärungs-

arbeit zu leisten, werden wir weiterhin diskriminiert und stoßen ständig auf Widerstände. Der Grund dafür ist: Die Täter von damals sind heute noch in den Verwaltungen und bei der Polizei in Prijedor und wehren sich strikt gegen den Bau einer Gedenkstätte.“ Ausgerechnet vor dem Konzentrationslager Trnopolje erinnert ein Denkmal an die berüchtigten serbischen Cetniks: Ihre Angehörigen bekommen eine Kriegsrente, den Opfern des Konzentrationslagers wird die Auszahlung einer Opferrente hingegen verweigert.

Mirsad Duratovic und Mirveta Durben haben an Bundeskanzlerin Dr. Merkel appelliert, sich für eine Gedenkstätte für die unschuldigen Zivilopfer einzusetzen. Sie können sich diesem Appell (auf der IGFM-Webseite) anschließen. Die überlebenden Opfer und Hinterbliebenen werden argwöhnisch beobachtet, sogar bespitzelt. Viele von ihnen sind ohne Einkünfte und hoffen auf die Unterstützung durch den „Verein der Opfer und Hinterbliebenen“, den Mirsad Duratovic leitet. Ein großer Teil der notwendigen Hilfe leistet die IGFM. Ende November soll der nächste Transport nach Bosnien gehen. Mindestens 3500 € für den Transport und ebensoviel für Zukauf von Winterwäsche und Medikamente müssen aufgebracht werden. Dafür erbitten wir Ihre Mithilfe.

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter Angabe des entsprechenden Kennwortes oder der Kennziffer auf folgendes IGFM-Konto:  
IBAN: DE73 5125 0000 0023 0007 25  
Swift-BIC: HELADEF1TSK  
Taubensparkasse,  
Konto 23 000 725 • BLZ: 512 500 00



# Pluralismus stärken, Werte vermitteln Dialog und Verständigung fördern

Unter dem Haushaltstitel „Motivierung und Solidarisierung der Jugend aller Zielländer der Östlichen Partnerschaft zur gesellschaftlichen Partizipation unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechte“ fand vom 22. bis 26. September 2015 das erste von drei fünftägigen Seminaren in der ukrainischen Hauptstadt Kiew statt. Je drei Jugendliche aus Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau, Ukraine, Russland und Weißrussland trafen Bürgerrechtler und Oppositionelle aus diesen Ländern und diskutieren Wege über gemeinsame Menschenrechtsinitiativen über die Ländergrenzen hinweg. Das nächste Seminar Mitte November in Minsk/Weißrussland wird zu einem Lackmustest, wie Weißrussland mit kritischen Jugendlichen umgeht und die Chance zur Öffnung nach Westeuropa aufgreift oder sie verpasst. Das dritte Seminar findet in Frankfurt am Sitz der IGFM statt. Am Tag der Menschenrechte, am 10. Dezember, schließt das Projekt mit einer Pressekonferenz ab.

Mit dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion musste die Klammer aller einstigen Republiken die gemeinsame russische Sprache – mehr und mehr den Landessprachen weichen, die Jahrzehnte privat oder im Verborgenen gepflegt wurden. Wo der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung einen hohen Prozentsatz hatte, kam es zu Konflikten, und in einigen dieser neuen Staaten ist dieser Prozess noch nicht abgeschlossen. Die Ukraine ist an den Rand des Zerfalls geführt worden, Moldau steht an einem Scheideweg, Georgien wird



ganz offensichtlich sukzessive durch Grenzverschiebungen seines Staatsgebiets beraubt. Alle aus der Sowjetunion hervorgegangenen Staaten, die näher an Westeuropa heranrücken wollen, sind damit konfrontiert, dass das hochgepriesene Recht der Völker auf Selbstbestimmung politische Grenzen hat und Russland sie wie Satelliten zu steuern beabsichtigt. Wer genauer hinschaut, der sieht aber auch, wie der Sprachenkonflikt zur Sprachlosigkeit untereinander geführt hat.

Die IGFM hatte im Zuge von Glasnost und Perestroika 1985 bis 1988 Arbeitsgruppen in mehreren Städten der Sowjetunion aufgebaut. Ihre Leiter gehörten der Helsinki-Bewegung an. Sie verstanden sich über die russische Sprache, ansonsten vertraten sie durchaus regionale Interessen.

Als 1991 die Sowjetunion unterging, entstanden im gleichen Jahr IGFM-Ländersektionen in Litauen und Lettland, in Aserbaidschan, Usbekistan und Georgien, 1993 folgten Russland und die Ukraine, 1994 Weißrussland und Armenien, 1995 Moldau. Bei den jährlichen Treffen des Internationalen Rates der IGFM war Russisch neben dem Deutschen die führende Konferenzsprache. Doch seit mehreren Jahren stellen wir fest, dass die neuen jüngeren Leiter aus den Sektionen entweder nicht mehr Russisch sprechen wollen oder sogar Russisch nicht mehr beherrschen: Ein deutliches Signal, dass sich die Jugend in diesen Ländern nicht mehr richtig versteht, ja sogar aus dem Weg geht. Das Misstrauen der Politiker schlägt sich in der Distanz der Jugendlichen benachbarter

Länder wider. Sie sprechen nicht miteinander, sie verlieren sich aus den Augen. Die Weltsprache Englisch hat den Platz des Russischen in diesem Großraum jedoch noch nicht einnehmen können.

Vor fünf Jahren haben sich die genannten Sektionen unter Führung der deutschen Sektion im Eurasia-Komitee gefunden. Der Auftrag lautet, die Sprachlosigkeit zu überwinden und den Dialog zwischen den Mitgliedern der Sektionen zu fördern. Das Interesse am gemeinsamen Einsatz für die Menschenrechte ist gewachsen: Mitglieder in Usbekistan setzen sich für politische Gefangene und Bürgerrechtler in Weißrussland ein und selbst Mitglieder in Aserbaidschan und Armenien überwinden die politische Feindschaft ihrer Regierungen.

Das erste Seminar war erfolgreich, die Jugendlichen voll bei der Sache. Sie haben bereits eine Diskussionsplattform auf facebook eingerichtet und ihr den Namen [www.facebook.com/ishr.youth](http://www.facebook.com/ishr.youth) gegeben. Trauen Sie sich und sehen Sie sich einmal diese russischsprachige Seite mit den Fotos an. Sie sprechen und werben für sich: Völkerverständigung beginnt bereits im Kleinen, und die IGFM geht mit gutem Beispiel voran. Das Auswärtige Amt unterstützt das Projekt durch Fördermittel, jedoch muss die IGFM einen gehörigen Eigenanteil aufbringen. Dafür erbitten wir Ihre finanzielle Unterstützung. Doch dafür lassen wir Sie auch gerne Einblick in die Diskussionen nehmen.

## Impressum

**Herausgeber:** Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)  
Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt,  
Tel.: 069 - 420 108 0, Fax : 069 - 420 108 33  
e-mail: [info@igfm.de](mailto:info@igfm.de) Internet: [www.igfm.de](http://www.igfm.de)  
UstIDNr. DE 1142 35 684  
**Redaktion:** Karl Hafen  
**Erscheinungsweise:** monatlich  
**Druck:** johnen-druck, Bernkastel-Kues  
**Satz und Layout:** Pixelvektor Stefan Eschenbach  
**Sektion Österreich:**  
Hackerhofergasse 1, A-1190 Wien  
**Sektion Schweiz:**  
Birkenweg 1, CH-2560 Nidau,  
Tel.: 32 - 331 75 67, Fax : 32 - 331 57 81

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein. Dieser Ausgabe liegt eine Zahlkarte der IGFM bei.

## Kreuzigung, Steinigung, Hinrichtung Minderjähriger angewandtes Strafrecht im Iran

Kreuzigung, Steinigung, die Todesstrafe für die Abwendung vom Islam oder wegen Religionslosigkeit sind in der Islamischen Republik Iran angewandter Teil des Strafrechts. Obwohl der Iran völkerrechtlich bindende Menschenrechtsverträge ratifiziert hat und seine Regierung sich öffentlich wirksam dazu bekennt, bricht sie diese Verträge systematisch und begründet dies mit der Scharia. Ähnliche Rechtsvorstellungen vertreten auch Saudi-Arabien und andere Staaten der Golfregion. Während die Verbrechen des „Islamischen Staats“ in Syrien und im Irak von der Europäischen Gemeinschaft zurecht offen kritisiert werden, halten sich die europäischen Regierungen beim Vollzug gleicher barbarischer Strafen in anderen Ländern des Nahen Ostens jedoch zurück.

Die Zahl der Hinrichtungen im Iran beispielsweise wird – wie auch in der Volksrepublik China – staatlich geheim gehalten. Nach Einschätzung der Vereinten Nationen ist der Iran im Nahen Osten für die meisten Hinrichtungen verantwortlich und liegt bei der Zahl der vollstreckten Todesstrafen pro Kopf der Bevölkerung weltweit an der Spitze. Seit Jahren steigt die Zahl der bekannt gewordenen Hinrichtungen. Zudem bricht die iranische Justiz vielfach das eigene Recht: Der IGFM liegen Beschwerden von iranischen Anwälten vor, wonach Urteile nicht begründet und nicht ausgehändigt wurden, Anwälte keinen Zugang zu Akten erhielten oder ihnen das Recht verwehrt wurde, Rechtsmittel einzulegen, ja sogar Verfahren, an deren Ende der Beschuldigte hingerichtet wurde, durch fingierte Vorwürfe wie z.B. angeblicher Drogendelikte erst eröffnet werden konnten. Der Hoffnung auf eine graduelle Besserung durch den als Reformen gefeierten und seit 2013 regierenden Präsidenten Hassan Rohani ist bittere Enttäuschung gefolgt. Die Verhandlungen wegen des iranischen Nuklearprojekts haben zu

keiner Verbesserung der Menschenrechtslage geführt.

Der Konvertit und jetzige Pastor Saeed Abedini ist das wohl bekannteste Gesicht der verfolgten Christen im Iran. Er wird im Gefängnis Rajai Shar in Karaj, etwa 20 km nordwestlich von Teheran gefangen gehalten. Naghmeh seine Ehefrau, schilderte der IGFM die Bedingungen seiner Haft:



gemeinsam gegen Machtmissbrauch

„Die Zelle ist unterirdisch, ohne jegliches Tageslicht, ausgelegt für 20 Personen, tatsächlich sind dort 80 Männer eingepfercht. Der Tag beginnt um 8 Uhr mit dem Zählappell, und jeder Gefangene fragt sich, wie viele zum Abendappell nicht mehr da sind. Normalerweise finden Hinrichtungen einmal im Monat statt, aber es wurden auch schon einmal bis zu 50 Personen innerhalb weniger Tage hingerichtet.

Den Tag verbringen die Gefangenen überwiegend mit Warten. Einige liegen auf Holzpritschen in dreistöckigen Betten, andere auf Teppichresten auf hartem und kaltem Beton. In Gesellschaft vergeht die Zeit schneller, aber dass sich Saeed Abedini, der vom Islam zum Christentum übergetreten war, zu einem Mitgefangenen setzen könnte, empfinden die meisten als Provokation. Für sie ist er einer, der den Tod verdient.

Täglich können die Gefangenen einen ein- bis zweistündigen Hofgang ins Sonnenlicht wahrnehmen. Saeed Abedini musste monatelang darauf verzichten, weil Gefangene, die islami-

schen Terrorgruppen angehören, nach seinem Leben trachteten. Aber auch die Wachen sparen nicht mit Schlägen und Tritten. Nach einem „Verhör“ stand sein Leben auf der Kippe und er musste in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Schmerzmittel vergeben die Gefängnisärzte nach Gutdünken.

Es gibt zwei Mahlzeiten: das Frühstück, bestehend aus Brot und etwas

Käse, und ein Abendessen mit völlig unzureichenden Portionen, die immer wieder zu Magenproblemen führen. Das Trinkwasser ist trübe, man muss warten, bis sich die Sedimente abgesetzt haben.

Ein neuer Gefangener bringt in der Regel nur die Kleidung mit, die er am Leib trägt, und das Geld, das er bei seiner Festnahme dabei hatte. Nach der obligatorischen Quarantäne kann

er sich im Gefängnisladen kaufen, was er braucht: Geschirr und Besteck, Laken und Decken für den Winter, Unterwäsche, Waschzeug, praktisch alles. Gefangene, die keine Angehörigen haben, müssen sehen, wie sie zurechtkommen“.

Iran ist in diesem Jahr Schwerpunkt der IGFM-Öffentlichkeitsarbeit. Mehr als 25 Infostände in mehreren Städten, etliche Mahnwachen vor dem iranischen Konsulat in Frankfurt und der iranischen Botschaft in Berlin, Pressekonferenzen und Pressemitteilungen, Grußbotschaften an Gefangene und Unterschriftenaktionen bis hin zu einer Plakatausstellung im Europäischen Parlament in Straßburg gehören 2015 zum Programm. Konzentrierte Aufklärungsarbeit über die Lage der Menschenrechte in einem der führenden Länder der islamischen Welt ist notwendige Menschenrechtsarbeit und nicht zum Nulltarif machbar. Auch hierfür erbitten wir Ihre finanzielle Hilfe.